

KUBA

EMIGRANTEN

Castro gewann

„Guerra! Guerra! Guerra!“ (Krieg! Krieg! Krieg!) schrien die 40 000 Kubaner in minutenlangen Sprechchören. Amerikas Präsident verstand den Schlachtruf.

Unter dem betäubenden Beifallsgeheul der Menge entfaltete er die Fahne der „Brigade 2056“, jener exilkubanischen Invasoren, die im April 1961 in der Schweinebucht von Castros Insel gescheitert waren. Kennedy: „Ich versichere euch, diese Fahne wird der Brigade in einem freien Havana zurückgegeben werden.“

Mit diesen Worten hatte der Präsident im Dezember 1962 unter dem Jubel der im Orange-Bowl-Stadion zu Miami versammelten Exilkubaner die von Castro losgekauften 1100 Schweinebucht-Gefangenen begrüßt.

Knapp vier Monate später, Anfang April 1963, nannten die Führer der 300 000 nach den USA geflüchteten Kubaner den amerikanischen Staatschef einen „Verräter“ und erklärten Chruschtschows Kuba-Frachtern auf eigene Faust den Krieg.

Amerikas Kuba-Politik hat sich in der Zwischenzeit in ihr Gegenteil verkehrt: Sie zielt nicht mehr offen auf den Sturz des Insel-Diktators, sondern schützt das Castro-Regime plötzlich vor seinen ärgsten Feinden. Grund: Die Amerikaner wollen den Sowjets jeden Vorwand nehmen, ihr militärisches Engagement in der Karibischen See beizubehalten oder gar zu verstärken.

Zwei Kommando-Unternehmen, die der Chef der größten exilkubanischen Untergrundorganisation, „Alpha 66“, der einstige Castro-Mitkämpfer Eloy Gutierrez Menoyo („Alpha ist der Anfang vom Ende des Castro-Regimes“) dirigierte, hatten Kennedy zu drastischen Maßnahmen veranlaßt, um den Ausbruch einer zweiten Kuba-Krise zu verhindern:

▷ Am 17. März beschossen Mitglieder eines „Alpha 66“-Kommandos von einem Schnellboot aus den Sowjetfrachter „Lgow“, der im nordkubanischen Hafen Isabela de Sagua vor Anker lag.

▷ Am 27. März riß eine Sprengladung ein mannshohes Loch in den Bug des Sowjetfrachters „Baku“ im Kuba-Hafen Caibarién.

Der Kreml reagierte auf diese Terroranschläge mit einer scharfen Protestnote: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die Angriffe auf sowjetische Handelsschiffe keine zufälligen Einzelaktionen sind, sondern von den Vereinigten Staaten aus sorgfältig geplante Provokationen.“

Kaum verhüllt drohte Moskau, sowjetische Öltanker und Zuckerfrachter auf der Kuba-Route würden künftig von Kriegsschiffen eskortiert, zumindest aber bewaffnet werden.

Das State Department antwortete: „Wir beabsichtigen, mit allen erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen, daß solche Überfälle (wie gegen die „Lgow“ und die „Baku“) nicht vom Gebiet der



„Alpha 66“-Chef Menoyo
Gegen sowjetische Kuba-Frachter...

USA aus unternommen werden.“ Diese von der Kennedy-Regierung zugesagten „erforderlichen Maßnahmen“, die der Nationale Sicherheitsrat in Washington Ende vorletzter Woche beschloß, bedeuteten das Todesurteil für jede wirkungsvolle Untergrundtätigkeit gegen das Castro-Regime:

- ▷ Die Prominenz der Kuba-Emigranten, alles in allem 25 fanatische Castro-Feinde, darf den Landkreis Miami (Dade County) nicht mehr verlassen.
- ▷ Jedem Exilkubaner, der von amerikanischem Hoheitsgebiet aus Waffenlieferungen für Untergrundkämpfer oder Kommando-Einsätze gegen Kuba organisiert, droht künftig Strafverfolgung unter den US-Neutralitätsgesetzen mit Höchststrafen

bis zu 5000 Dollar und fünf Jahren Gefängnis.

Präsidentenbruder und Justizminister Robert F. Kennedy beauftragte gleichzeitig die ihm unterstehende Bundeskriminalpolizei FBI, nach den Rädelführern und den Waffenlagern der Anti-Castro-Rebellen zu fahnden.

Amerikas Kriegsmarine und die US-Küstenwache suchten außerdem mit Patrouillenbooten und Aufklärungsflugzeugen nach Schnellbooten und mit Waffen beladenen Kuttern der Castrofeindlichen Freischärler.

Schließlich appellierte die Regierung Kennedy an Großbritannien, sich an der Jagd auf Anti-Castro-Rebellen im Karibischen Meer zu beteiligen.

Schon 24 Stunden später meldete die britische Fregatte „Londonderry“ den ersten Erfolg: Bei der Bahama-Insel Norman's Key, 300 Kilometer von Kuba entfernt, wurde ein Schnellboot aufgebracht. Ein zweites Rebellen-Boot konnte entweichen. Sein Kommandant funkte: „Wir werden uns niemals ergeben. Auch nicht der US-Navy.“

Die Fronten waren nun vollends verkehrt. Die Großmacht Amerika, kurz zuvor noch im Bunde mit den Exilkubanern, setzte nun sogar Luftwaffe und Kriegsmarine ein, um Castro und die Sowjets vor den Attacken der kubanischen Antikommunisten zu bewahren.

Amerikas Staatschef erfüllte damit ein Versprechen, das er Chruschtschow im Oktober 1962 geben mußte, damit der Sowjetpremier den Rückzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen und Iljuschin-Bomber aus Kuba anordnete.

„Wir würden“, so schrieb Kennedy damals auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise an Chruschtschow, „unter der Voraussetzung, daß die Uno die Erfüllung dieser Verpflichtungen (Demontage der Sowjetraketen) gewährleistet, damit einverstanden sein, die Quarantäne aufzuheben und Garantien gegen eine Invasion Kubas zu geben.“

Diese Garantien waren jetzt fällig, wenn die Sowjet-Union den Abtrans-



... Krieg, auf eigene Faust: Castro-Gegner in britischer Haft

port ihrer auf Kuba stationierten Truppen in dem mit Washington vereinbarten Ausmaß fortsetzen sollte.

Die Initialen des US-Geheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency) — der die Schweinebucht-Landung im April 1961 vorbereitet hatte — durften nicht länger, wie Kennedy-Kritiker witzelten, zugleich „Cuban Invasion Army“ bedeuten. Das bekam vor allem „Alpha 66“-Chef Menoyo zu spüren. Ihm fehlen seitdem Geld, Waffen und seetüchtige Boote für weitere Kommando-Unternehmen.

Einer von Menoyos Kampfgefährten, Dagoverto Darias, klagte in Miami: „Erst wird uns untersagt, eine Exilregierung zu bilden, dann bekommen wir keine Arbeit, jetzt werden uns obendrein noch Angriffe auf Castro verboten. Es sieht ganz so aus, als ob Castro gewonnen hätte.“

USA

GENERAL KLEIN

Gemeinsame Arbeit

Mißtrauen gegen die Bundesregierung keimt in Washington. So stand es — verbal oder sinngemäß — in nahezu allen wichtigen diplomatischen Depeschen der Deutschen Botschaft in Washington an die Bonner Zentrale, seit Kanzler Konrad Adenauer und Staatschef Charles de Gaulle im Januar 1963 mit einem Kuß den deutsch-französischen Pakt besiegelten, in dessen militärischen Paragraphen die Nato nicht erwähnt ist.

Präsident Kennedy, der die Bundesregierung zwang, einen ihrer fähigsten Diplomaten, Professor Wilhelm Grewe, als Botschafter abuberufen, und Grewes Nachfolger, Botschafter Karl-Heinrich Knappstein, unter vier Augen abkanzelte wie bisher keinen anderen westlichen Missionschef, ist für Bonn in dieser heiklen Situation durch normale diplomatische Kanäle kaum noch ansprechbar.

Konrad Adenauer hat darum wieder auf ein Pferd gesetzt, das die Bundesregierung nach Einzug des demokratischen Präsidenten Kennedy in das Weiße Haus schon abgezäumt hatte: den langjährigen Schattenbotschafter der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten, Generalmajor im Ruhestand Julius Klein, 61 (SPIEGEL 37/1962).

Der pensionierte Feldherr, der einst in der Schlacht um die Philippinen 10 000 US-Soldaten kommandierte und der kurz vor dem Weltkrieg II die erste Public-Relations-Abteilung des US-Kriegsministeriums mit aufzuziehen half (unter General Richardson), ist Chef der Firma „Julius Klein, Public Relations Inc.“ mit Sitz in Chicago und Büros in Washington, New York, Manila und Frankfurt am Main.

Seit Werbegeneral Klein im März 1960 eine Zusammenkunft zwischen Konrad Adenauer und Israels Premierminister David Ben-Gurion in New York vermittelte, hängt in seinem Büro ein Bild mit einer Widmung der beiden Staatsmänner. Der Kanzler schrieb: „General Klein zur Erinnerung an unsere gemeinsame Arbeit. Adenauer“.

Obgleich offiziell beim US-Justizministerium als Vertreterin deutscher Inter-

essen die New Yorker Public-Relations-Firma „Roy Bernard Company“ registriert ist (Honorar 1961: 113 483 Dollar*), wurden die größeren Honorare und die wichtigeren Aufträge der bundesdeutschen Industrie vor dem „ausländischen Agenten Nr. 975“ bezogen: dem Public-Relations-Fachmann Julius Klein mit seinen direkten Beziehungen zum deutschen Bundeskanzleramt („Ich sehe den Kanzler häufig“) und zu den führenden Politikern Amerikas — die Generäle Clay und McArthur, der ehemalige Außenminister Herter, die demokratischen Senatoren Humphrey und Dodd sowie die republikanischen Gouverneure Rockefeller und Scranton gehören zum persönlichen Freundeskreis von Julius Klein, der von den Expräsidenten Truman und Eisenhower mit seinem Vornamen angesprochen wird.

Beim amerikanischen Justizministerium ist die Registrierung des Generals Klein als „ausländischer Agent“ nur vage gefaßt:

„Förderung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland in den USA im Kampf der freien westlichen Welt gegen Sowjetrußland durch Verbreitung von Informationen in den Vereinigten Staaten, damit das amerikanische Volk die Tatsache besser versteht, kennt und unterstützt, daß die Bundesrepublik ein politischer, wirtschaftlicher und militärischer Partner der Demokratien in der Welt ist.“

„Ich werde nur dem Senat der Vereinigten Staaten darüber Auskunft geben, wenn er es wünscht. Sonst niemandem. Vorläufig hat mich der Senat — trotz meiner Bitte — noch nicht eingeladen, dort zu sprechen. Aber ich weiß, daß der amerikanische Senat nicht dazu da ist, meinen Konkurrenten die Namen meiner Klienten durch Veröffentlichung zu nennen.“

Daß General Klein möglicherweise in naher Zukunft dem amerikanischen Senat Rede und Antwort stehen soll, war einer der Gründe, die in Bonn im vergangenen Jahr zu der Annahme führten, die Tage von Adenauers Schattenbotschafter in Amerika seien gezählt.

Der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz des Demokraten J. William Fulbright beschloß im letzten Sommer, einen Bericht über die Arbeit jener 411 Firmen anzufertigen, die als „ausländische Agenten“ für fremde Regierungen in den USA tätig sind.

Die Untersuchung wurde ausgelöst durch fragwürdige Praktiken der „Zuckerlobby“; in ihr sind Firmen aus jenen mittel- und südamerikanischen Staaten zusammengeschlossen, deren Existenz von dem mit Hilfe amerikanischer Subventionen hochgeschraubten Zuckerpreis entscheidend abhängt.

Kleins Gegner im deutschen Außenamt, denen sein direkter Draht zum



Werbestrategie Klein, Klient: Richtigert Mann am richtigen Platz

Die Zahlungen für diese Dienste werden von einem bundesdeutschen Komitee, dem auch Industrielle angehören, über die Frankfurter Bank geleistet — im Januar 1962: 132 197 Dollar.

Außerdem vertritt Julius Klein das Land Hessen und ein halbes Dutzend der größten deutschen Automobil-, Schwerindustrie- und Pharmaziefirmen in den Vereinigten Staaten.

Der Werbegeneral verschweigt entsprechend den Wünschen seiner Auftraggeber die Namen seiner Klienten:

* Selbst ein so kleines Territorium wie die Bahama-Inseln gibt in Amerika ungleich mehr für Public Relations aus als die Bundesrepublik: 1,2 Millionen Dollar.

Kanzler und zu Staatssekretär Globke unheimlich ist, und Kleins Konkurrenten aus der New Yorker Werbe-Allee Madison Avenue, die dem General seine zahlungskräftigen bundesdeutschen Klienten abjagen möchten, hatten damals den Eindruck erweckt, daß die Senatsuntersuchung sich auch gegen Julius Klein richte, weil angeblich seine enge politische Bindung an die Republikanische Partei der demokratischen Regierung ein Dorn im Auge sei.

Tatsächlich aber bedrängt gerade Klein von sich aus den Senat, gehört zu werden, um in einer von ihm bereits vorbereiteten Erklärung Klarheit über seine Rolle zu schaffen.